



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

eGovernment-Umfrage 2007



Schriften
des Deutschen
Landkreistages

Band 69
der Veröffentlichungen
des Vereins für Geschichte
der Deutschen Landkreise e.V.

Herausgeber:

Deutscher Landkreistag
Berlin

ISSN 0503-9185

Vorwort



Seit Anfang der 90er-Jahre über die niederländische Provinzstadt Tilburg die Welle der neuen Steuerungsmodelle in unser Land und in die Kreis- und Rathäuser schwappte, hat sich in der Kommunalverwaltung Grundlegendes verändert. Die Effizienz des Verwaltungshandelns und die Orientierung an Kundeninteressen – also den berechtigten Bedürfnissen der Bürger und der Wirtschaft – sind weitaus stärker in den Fokus gerückt. Wenn der Informations- und Kommunikationstechnik dabei zunächst nicht eine entscheidende Rolle zukam, so hat sich dieses Bild in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Bundesinnenminister Dr. *Wolfgang Schäuble* hat kürzlich zutreffend darauf hingewiesen, dass jedes politische Großprojekt inzwischen immer auch ein IT-Projekt sei.

Der Deutsche Landkreistag hat das Potenzial der IuK-Technik für den Reformprozess früh erkannt. Viele Landkreise gehören zur Speerspitze der eGovernment-Bewegung und haben sich in Ermangelung landesweiter Konzepte oder eines bundesweiten Aktionsplanes auf den Weg gemacht, um praxistaugliche Lösungen – vielfach in beispielhafter Kooperation mit Städten und Gemeinden – zu entwickeln. Zu diesem Ergebnis kam bereits die erste eGovernment-Umfrage des Deutschen Landkreistages im Jahr 2004, die zu diesem Zeitpunkt die erste flächendeckende Erhebung einer kompletten Verwaltungsebene darstellte. Mit dieser Broschüre liegen nun die zentralen Ergebnisse der 2. eGovernment-Umfrage vor, die in Kooperation mit dem eGovernment-Institut – Competence-Center der Universität Potsdam durchgeführt wurde. An ihr haben sich zwei Drittel aller Landkreise beteiligt.

Einige Ergebnisse der Studie:

- Die große Mehrheit der Landkreise verfügt über ein ausformuliertes eGovernment-Konzept und bezieht bei der Planung ihrer Strategien die kreisangehörigen Gemeinden ein und/oder arbeitet mit anderen Landkreisen – auch länderübergreifend – zusammen.
- Mehr als 42 % der Landkreise unterhalten ein eigenes Kreisnetz. Das ist eine Steigerung um 6 % im Vergleich zu 2003.
- Primärer Zugangskanal für öffentliche Leistungen sind Portale. Bürgerbüros und mobile Lösungen spielen eine kleinere Rolle.
- Standardisierungen im Bereich der Datenaustauschformate sind für die Landkreise von großer Bedeutung.
- Über 98 % der Landkreise verfügen über einen Zugang zum Landesnetz.
- Die IT-Sicherheit wurde bei dem weit überwiegenden Teil der Landkreise verbessert.
- Fast 57 % der Landkreise sind bereit, ein Servicecenter zu betreiben, über das die Bürger behörden- und ebenenübergreifend Zugang zur öffentlichen Verwaltung erhalten können.

Berlin, im März 2008

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Landkreistages



Inhalt

eGovernment-Umfrage 2007 des Deutschen Landkreistages

Strategie und Planung	3
Zielgruppen und Zugangsstruktur	4
Prozesse und Interoperabilität / Standardisierung.....	5
Netzinfrastruktur	8
Umsetzung	11
Aktuelle Themen.....	14

eGovernment-Umfrage 2007 des Deutschen Landkreistages

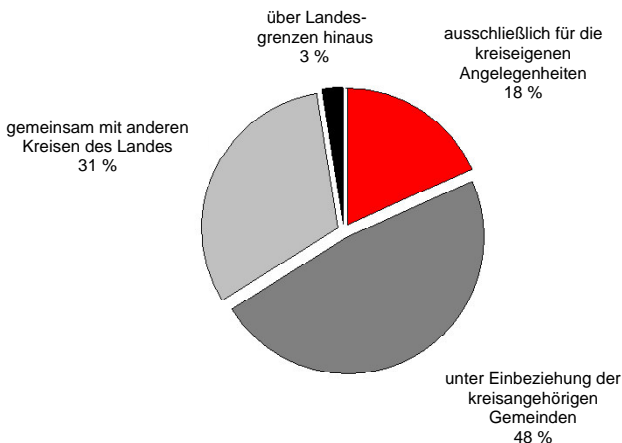
Der Deutsche Landkreistag hat in einer 2. eGovernment-Umfrage seit 2003 den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Kreise im Bereich eGovernment erhoben und auf diese Weise mögliche Zukunftsoptionen der Kreise ermittelt. Dabei ist der Deutsche Landkreistag von einem breiteren eGovernment-Verständnis ausgegangen. Er hat die Veränderung von Prozessen und Strukturen auf Basis von neuen Informationstechnologien in den Mittelpunkt gestellt. Angesichts der aktuellen Diskussionen zu Verwaltungsmodernisierungen in Deutschland bis hin zu der Befassung der Föderalismusreform II mit diesen Fragestellungen ermöglicht die Umfrage einen aktuellen Überblick über die Interessen der Kreise. Die Umfrage wurde in Kooperation mit dem Institut für eGovernment der Universität Potsdam (IfG.CC) konzipiert. Sie betrifft die Bereiche „Strategie und Planung“, „Zielgruppen und Zugangsstruktur“, „Prozesse und Interoperabilität/Standardisierung“, „Netzinfrastruktur“, „Umsetzung“ sowie Fragen zu „Aktuellen Themen“.

Strategie und Planung

Bei gut der Hälfte der Landkreise liegt eine ausformulierte eGovernment-Strategie und ein entsprechendes Umsetzungskonzept vor oder ist geplant. Eine Einbeziehung des Ehrenamtes über den Kreistag erfolgt in gut einem Drittel der Fälle.

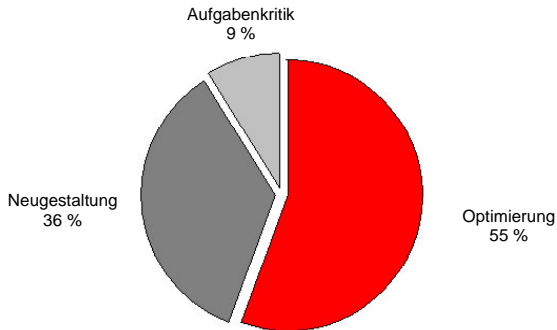
Weniger als ein Fünftel der Landkreise entwickeln ihre eGovernment-Strategien und -konzepte ausschließlich für ihre eigenen Angelegenheiten. Bei der Umfrage im Jahr 2003 waren es noch 60 %. Die große Mehrheit bezieht die kreisangehörigen Gemeinden ein und/oder arbeitet mit anderen Landkreisen – auch länderübergreifend – zusammen.

Der Landkreis entwickelt seine eGovernment-Strategien und Konzepte ...



Im Mittelpunkt der eGovernment-Strategien steht meist die Optimierung der vorhandenen Geschäftsprozesse mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie. Nur ca. ein Drittel strebt die Neugestaltung der Verwaltungsabläufe an. Weniger als ein Zehntel nutzt eGovernment zur Aufgabenkritik.

Welches Ziel wird mit der eGovernment-Strategie verfolgt?

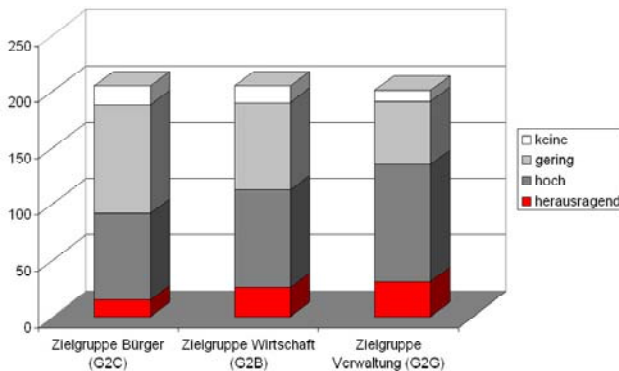


Zielgruppen und Zugangsstruktur

Hinsichtlich der Zielgruppen der kreislichen eGovernment-Aktivitäten liegt der Schwerpunkt sowohl mit Blick auf Bürger wie Wirtschaft und Verwaltung nicht nur bei der bloßen Information, sondern mittlerweile bei der Kommunikation. Anders als noch bei der Umfrage 2003 nimmt auch die Ausrichtung auf die Transaktion deutlich zu. Für mehr als die Hälfte der befragten Landkreise gilt dies insbesondere mit Blick auf die Wirtschaft und in noch stärkerem Maße im Verhältnis zu anderen Verwaltungsträgern.

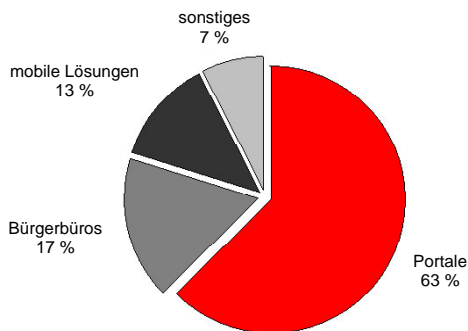
Zielgruppenorientierung (Transaktion)

Anzahl der Nennungen



Hinsichtlich der verschiedenen Zugangskanäle werden vor allem Portale als Zugang zu den öffentlichen Leistungen auf- und ausgebaut. Bürgerbüros und mobile Lösungen sind von deutlich geringerer Bedeutung.

Welche Zugangskanäle zu öffentlichen Leistungen sind unter intensivem Einsatz von neuer IT aufgebaut worden?



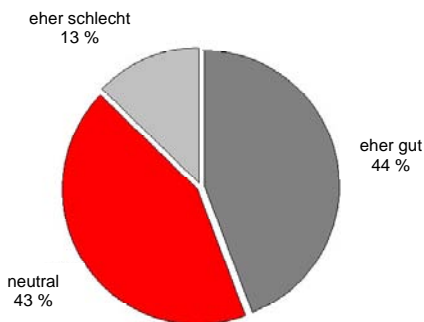
Prozesse und Interoperabilität / Standardisierung

Ziel der derzeitigen Bestrebungen im eGovernment ist es, eine Kommunikation zwischen weitgehend dezentralen kommunalen und staatlichen Behörden zu ermöglichen, die jeweils in ihrer Organisation selbstständig organisiert sind. Voraussetzung dafür ist die Herstellung von Interoperabilität, d. h. der Fähigkeit, von unabhängigen Informations- und Kommunikationssystemen zur möglichst medienbruchfreien Zusammenarbeit. Diese Interoperabilität wird regelmäßig umgesetzt über die Verwendung standardisierter Datenaustauschformate. Angesichts dessen stehen beispielsweise im Zuge der Beratungen zur Föderalismusreform Fragestellungen der Standardisierung zur Diskussion.

Erwartungsgemäß messen auch nahezu 100 % der Landkreise einer Standardisierung des Datenaustausches eine sehr hohe bzw. hohe Bedeutung bei. Auf die Frage nach einer damit verbundenen möglichen Kompetenzverlagerung auf den Bund bzw. die Länder antworteten allerdings lediglich 44 %, dies „eher gut“ zu beurteilen. Etwa die gleiche Anzahl sah dies neutral, 13 % der Landkreise äußerte sich diesbezüglich negativ. Angesichts dessen dürfte sich – auch mit Blick darauf, dass eine enge Verzahnung insbesondere im Verhältnis zwischen Land und Kommunen maßgeblich ist – eine stärker auf die Länderebene ausgerichtete Ausfüllung von Kompetenzen in diesem Bereich als die mildere und angemessenere Variante darstellen.

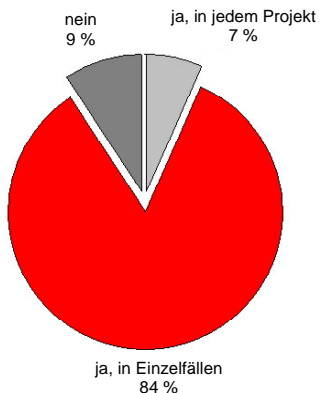
Die zweite Frage in diesem Bereich betraf vor dem Hintergrund der angestrebten Prozessorientierung von eGovernment die konkrete Umsetzung entsprechender Vorstellungen in der Praxis. Danach wurden in über 90 % der Fälle bei der Einführung der elektronischen Verarbeitung die betroffenen Geschäftsprozesse verändert oder angepasst. In weit überwiegenderem Maße betraf dies jedenfalls Anpassungen der Geschäftsprozesse in Einzelfällen. Insofern haben sich die Landkreise auf den Weg einer prozessorientierten eGovernment-Ausgestaltung gemacht.

Wie beurteilen Sie eine mögliche Kompetenzverlagerung im Bereich Standards auf den Bund bzw. auf die Länder?

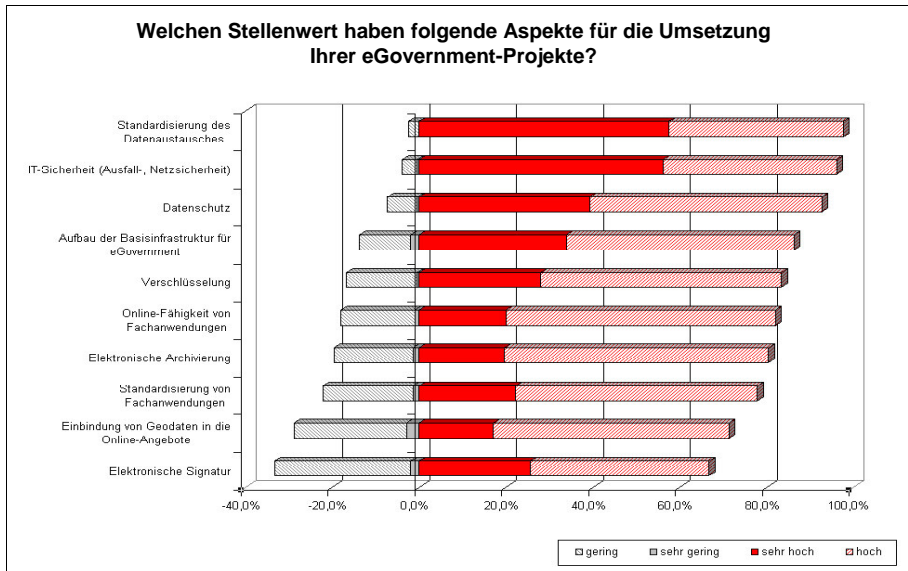


Wichtig war es, darüber hinaus zu ermitteln, welche Aspekte für die Umsetzung der kreislichen eGovernment-Projekte von besonderer Bedeutung sind.

Wurden für die elektronische Bearbeitung Geschäftsprozesse in der Verwaltung verändert oder angepasst?



Ein besonders hoher Stellenwert für die Umsetzung von eGovernment-Projekten wird mit mehr als 90 % der Standardisierung des Datenaustausches, der IT-Sicherheit und dem Datenschutz beigemessen. Der Aufbau einer Basisinfrastruktur für eGovernment, die Verschlüsselung und die Online-Fähigkeit von Fachanwendungen werden mit mehr als 80 % als „sehr hoch“ und „hoch“ bewertet. Dieser Wert liegt für Standardisierung von Fachanwendungen, Elektronische Archivierung und Einbindung von Geodaten in die Online-Angebote bei über 70 % und für die elektronische Signatur bei 66 %.



Die Standardisierung des Datenaustausches und der Fachanwendungen werden signifikant unterschiedlich bewertet. Dieses dürfte im Wesentlichen darauf zurückzuführen sein, dass für Fachanwendungen zum Teil eigene Lösungen entwickelt werden, die den konkreten Anforderungen vor Ort entsprechen. Die Probleme des Datenaustausches bedürfen dagegen einer Lösung, die über den örtlichen Zuständigkeitsbereich hinausgeht.

Auf die Frage nach weiteren bedeutsamen Aspekten für die Umsetzung von eGovernment-Projekten wurden

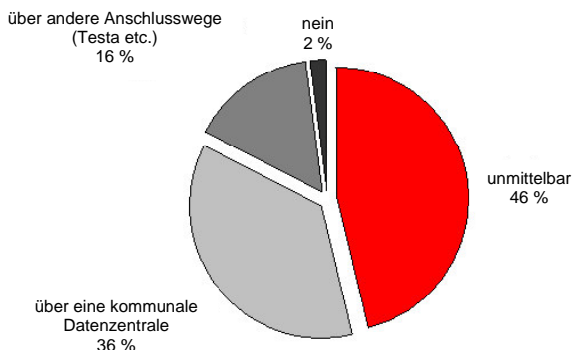
- auch vom Bürger langfristig und kostengünstig nutzbare Signaturen
- Festlegung von OpenSource-Schnittstellen
- mobile Angebote

genannt.

Netzinfrastruktur

Eine abgestimmte ebenenübergreifende Kommunikationsinfrastruktur ist bezüglich der elektronischen Abwicklung von Fachverfahren für das Gelingen von eGovernment in Deutschland von großer Bedeutung. Den Landkreisen kommt im Hinblick auf ihre Stellung im Verwaltungsaufbau und den sich daraus ergebenden horizontalen und vertikalen Kommunikationsbeziehungen eine Mittlerfunktion zu. So verfügen beispielsweise 98 % der Landkreise über einen Zugang zum Landesnetz, der über nachfolgend dargestellte Anschlusswege realisiert wird:

Besteht ein Zugang zum Landesnetz?

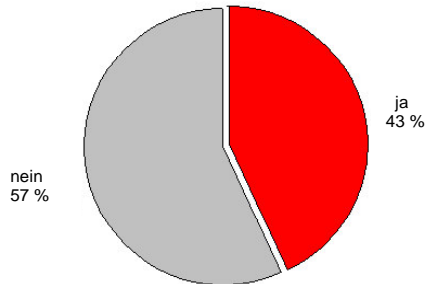


Die Frage, ob das Land für den kommunalen Bereich relevante Informationen im jeweiligen Landesintranet anbietet, wurde von 152 Landkreisen (74 %) mit ja beantwortet. Davon sind 40 % der Meinung, dass das Angebot ausgebaut werden sollte. In diesem Zusammenhang wurden genannt:

- Bereitstellung von Geodaten
- Standardverfahren und Standard-IT-Lösungen (möglichst OpenSource)
- Formulare und Wissenstransfer
- Online-Anwendungen, z.B. Katastrophenschutz

Die große Bedeutung, welche die Landkreise diesem Bereich zumessen, zeigt sich auch in dem fortschreitenden Ausbau eigener Infrastrukturen. So war im Jahr 2003 in 36 % der Landkreise ein Kreisnetz vorhanden und in 12 % der Aufbau eines Kreisnetzes geplant. Inzwischen verfügen 43 % der Landkreise über ein eigenes Kreisnetz.

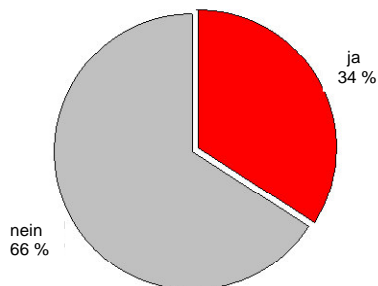
Besteht ein dediziertes Kreisnetz?



Vielfach werden unterschiedliche Begriffe, wie physische, reale, virtuelle oder dedizierte Kreisnetze synonym verwendet. Zum Teil werden die Kreisnetze überwiegend im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit von kommunalen IT-Dienstleistern betrieben. Hier ist ein jedenfalls kreisweites Netz gemeint.

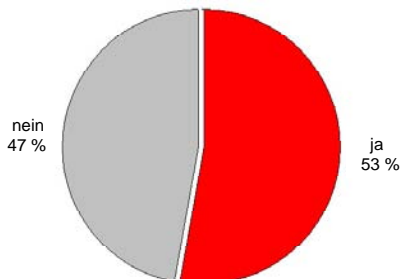
In mehr als einem Drittel der Landkreise findet ein Anschluss der kreisangehörigen Gemeinden über die Landkreise als „Kopfstelle“ zum Landesnetz statt.

Anschluss kreisangehöriger Gemeinden über die Kreise als „Kopfstelle“?



In mehr als der Hälfte der Landkreise bestehen Kommunalverwaltungsnetze bzw. Kommunal-
datennetze.

Bestehen Kommunalverwaltungsnetze / Kommunalnetze?

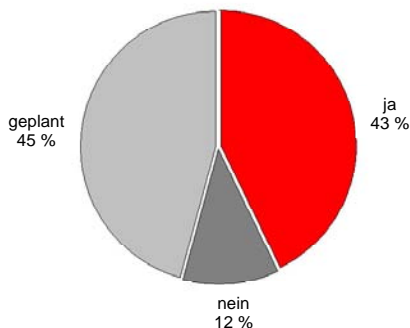


Im Aktionsplan Deutschland-Online haben die Regierungschefs des Bundes und der Länder entschieden, dass eine abgestimmte Kommunikationsinfrastruktur der deutschen Verwaltung auf- und ausgebaut wird. Ziel des Vorhabens ist es, die Flexibilität, Zukunftsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Netzinfrastrukturen in ihrer Gesamtheit zu erhöhen. Als ein technischer Baustein wird dabei derzeit über eine Weiterentwicklung von sogenannten Internetprotokollen als wichtige technische Grundlage des Internets nachgedacht. Von der derzeit verwandten Version des Internetprotokolls (IPv4) soll eine Migration auf eine neue Generation mit der Bezeichnung IPv6 erfolgen.

Eine sanfte Migration von IPv4 auf IPv6 bei Neueinrichtungen wird von 47 % der Kreisverwaltungen als sinnvoll bewertet, alle anderen halten sie für nicht erforderlich. Die Machbarkeit der Migration wird nur von 5,2 % der Landkreise als unproblematisch eingeschätzt. Die weit überwiegende Mehrheit erwartet einen hohen Realisierungs- und Qualifizierungsaufwand.

Für eine ebenenübergreifende Kommunikation sind auch gewisse Sicherheits- und Qualitätsstandards erforderlich. Angesichts dessen sind die Landkreise auch zu bestehenden Sicherheitskonzepten befragt worden. Etwa ein Achtel der Kreise verfügt nicht über Sicherheitskonzepte (bspw. entsprechend dem Grundschutzhandbuch des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik) und hat dies auch nicht geplant. Bei dem weit überwiegenden Teil der Landkreise sind etwa zu gleichen Teilen Sicherheitskonzepte vorhanden oder geplant.

Verfügen Sie über Sicherheitskonzepte?

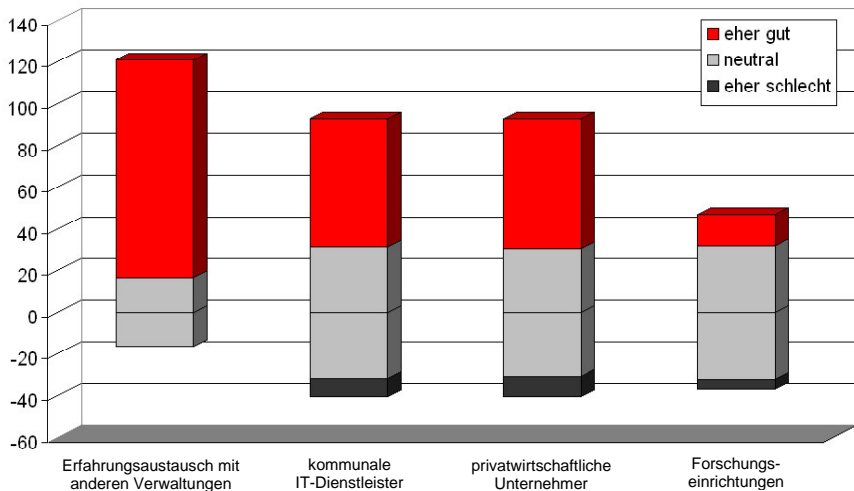


Umsetzung

Ein weiterer Fragenkomplex bezog sich auf die Umsetzung der kreislichen eGovernment-Aktivitäten. Gut zwei Drittel der Landkreise nutzt zur Entwicklung und Umsetzung von eGovernment externe Hilfe. Diese Landkreise sind gebeten worden, mitzuteilen, welche diesbezüglichen Erfahrungen sie mit den verschiedenen externen kommunalen IT-Dienstleistern, privaten Unternehmen, Forschungseinrichtungen und dem Erfahrungsaustausch untereinander mit anderen Verwaltungen gemacht haben.

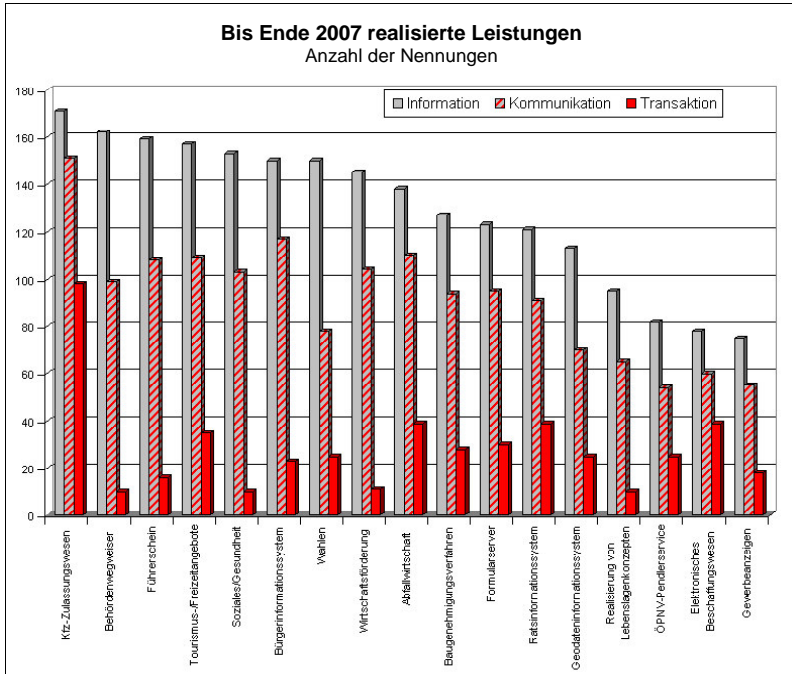
Einschätzung der Zusammenarbeit mit externen Partnern

Anzahl der Nennungen



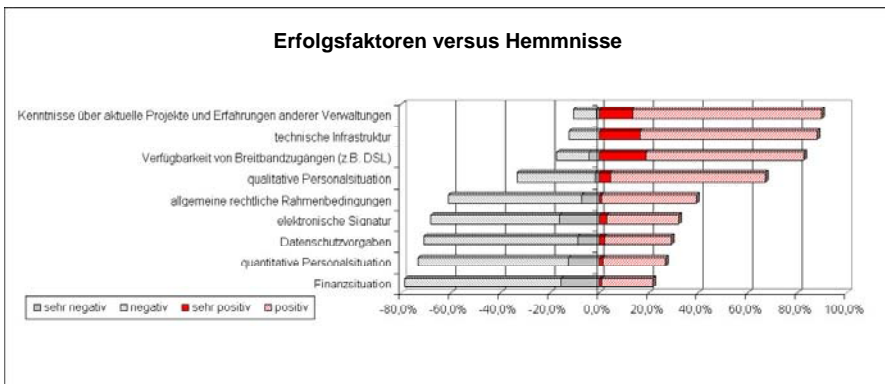
Am besten ist dabei der gegenseitige Erfahrungsaustausch mit anderen Verwaltungen bewertet worden (76 % positiv). Bezüglich der kommunalen IT-Dienstleister (46 % positiv) wie privater Unternehmer (47 % positiv) unterscheiden sich die überwiegend eher guten Einschätzungen nicht, während bei der Beurteilung von Forschungseinrichtungen eher eine neutrale Bewertung vorherrscht.

Abgefragt wurde auch, welche Leistungen im Wege ihrer Online-Verfügbarkeit durch Informations-, Kommunikations- oder Transaktionsangebote umgesetzt worden sind. Dabei sind mit Blick auf die Landkreise insbesondere Leistungen im Kfz-Zulassungswesen, bei Bürgerinformationssystemen, Baugenehmigungsverfahren, der Wirtschaftsförderung, im Bereich der Abfallwirtschaft, Soziales und Gesundheit, Tourismus- und Freizeitangebote sowie Behördenwege hervorzuheben. Auch hier ist erkennbar, dass über den Bereich der Information und Kommunikation hinaus Transaktionsangebote auch im Vergleich zur Umfrage 2003 erheblich ausgebaut werden.



Schließlich haben die Landkreise Auskunft darüber gegeben, wie sich verschiedene Faktoren auf die Umsetzung von eGovernment auswirken.

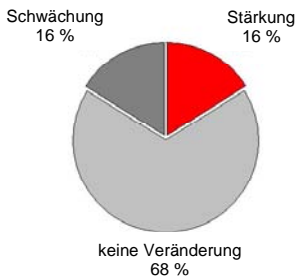
Der gegenseitige Erfahrungsaustausch, die technische Infrastruktur und die Verfügbarkeit von Breitbandzugängen wirken positiv auf die Umsetzung von eGovernment. Die Auswirkung der Finanzsituation wird überwiegend als „negativ“ bzw. „sehr negativ“ bewertet.



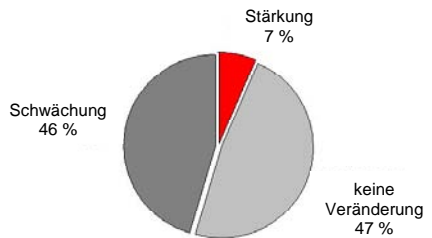
Vor dem Hintergrund der aktuellen Funktional- und sonstigen **Verwaltungsreformen** in Deutschland sind die Landkreise zu den Auswirkungen von eGovernment in diesem Zusammenhang befragt worden.

Von den Aufgabenverlagerungen durch eGovernment erwarten die Landkreise eine Stärkung der Kreis- und Gemeindeebene und eine Schwächung der Regierungsbezirke sowie eine unveränderte Position der Landesebene.

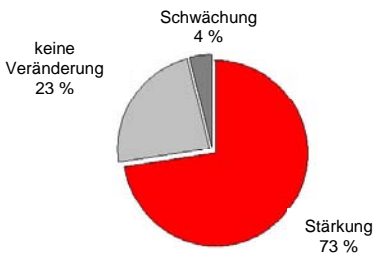
Landesebene



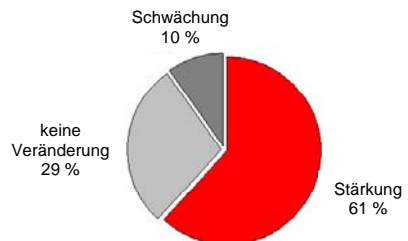
Regierungsbezirksebene



Kreisebene

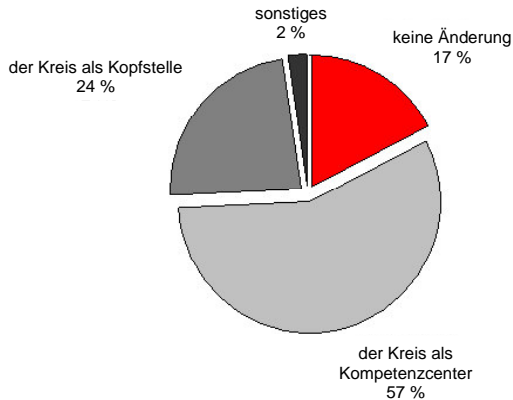


Gemeinde



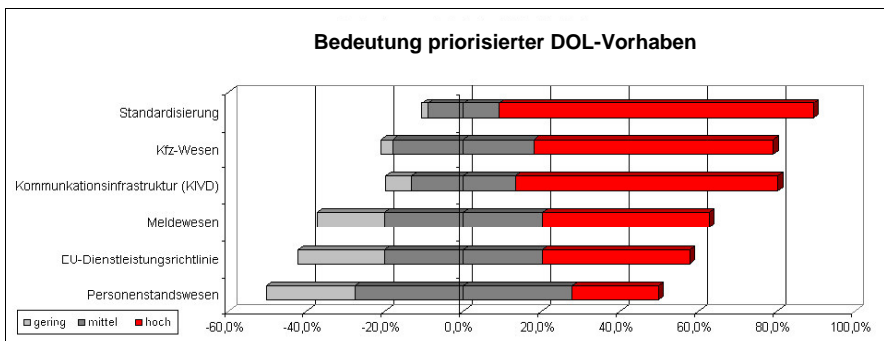
Die Mehrzahl der Kreisverwaltungen sieht die künftige Rolle der Landkreise im Verhältnis zu den Gemeinden in einer unterstützenden Funktion als Kompetenzzentrum.

Wie schätzen Sie die zukünftige Rolle der Landkreise gegenüber den Gemeinden ein?



Aktuelle Themen

Im Rahmen der ebenenübergreifenden eGovernment-Initiative Deutschland-Online sind durch den fortgeschriebenen Aktionsplan aktuell sechs priorisierte Vorhaben festgelegt worden. Aus Sicht der Landkreise wird insbesondere den Projekten Standardisierung, Kfz-Wesen und Kommunikationsinfrastruktur eine hohe strategische Bedeutung beigemessen. Das erst Mitte 2007 priorisierte Vorhaben zur Dienstleistungsrichtlinie konnte zwar noch in die Umfrage aufgenommen werden, dennoch dürfte sich die Bewertung der strategischen Bedeutung mittlerweile angesichts der zunehmenden Konkretisierungen und Veröffentlichungen bereits erhöht haben.

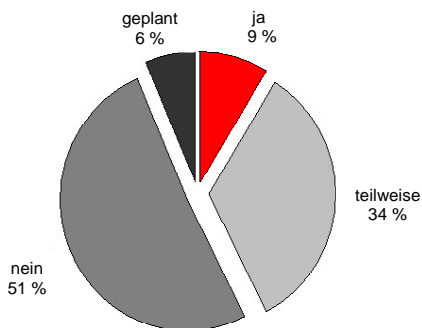


Für eine Fortschreibung des Aktionsplanes wurden von den Landkreisen folgende Vorhaben genannt:

- elektronische Signatur
- Ausländerwesen
- Zuständigkeitsfinder, Behördenwegweiser

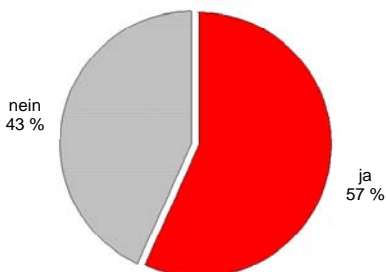
Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die **Behördenrufnummer „115“** sind die Landkreise zu ihrer diesbezüglichen Position sowie möglichen vorhandenen Infrastrukturen befragt worden. In etwa der Hälfte der Landkreise sind bereits zumindest teilweise Infrastrukturen, über die die Bürger abteilungs- bzw. fachbereichsübergreifend Anfragen stellen und Verwaltungsvorgänge erledigen können, vorhanden oder geplant.

Gibt es in Ihrem Landkreis Infrastrukturen, über die die Bürger abteilungs- und fachübergreifend Anfragen stellen und Verwaltungsvorgänge erledigen können?



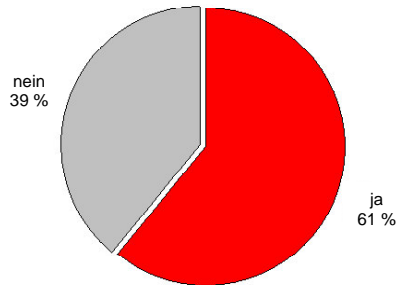
Wissensdatenbanken, um zeitnah alle relevanten Informationen über Aufgaben, Zuständigkeiten sowie aktuelle Bearbeitungsstände zugänglich zu machen, sind in fast der Hälfte der Landkreise zumindest teilweise vorhanden oder geplant. Die Mehrheit der Landkreise ist bereit, ein Servicecenter zu betreiben, über das die Bürger behörden- und ebenenübergreifend Zugang zur öffentlichen Verwaltung erhalten können.

Sind Sie – ggf. im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit – bereit, ein Servicecenter zu betreiben, über das die Bürger behörden- und ebenenübergreifend Zugang zur öffentlichen Verwaltung erhalten können (bundeseinheitliche Service-Rufnummer 115)?



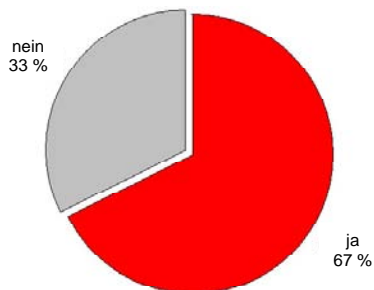
Ein weiterer wichtiger Komplex neben der Behördenrufnummer ist der Bereich der **Geodaten**. Fast zwei Drittel der Landkreise verfügen über (kreisübergreifende) GIS-Konzeptionen, ggf. unter Einbeziehung der Entwicklungen auf Landesebene.

Gibt es auf Ebene der Landkreise (kreisübergreifende) GIS-Konzeptionen, ggf. unter Einbeziehung der Entwicklungen auf Landesebene?



Mehr als zwei Drittel dieser GIS-Konzeptionen berücksichtigen die Entwicklungen zur Geodateninfrastruktur auf Landes- oder auf Bundesebene bzw. beinhalten Komponenten im Hinblick auf Services für Bürger, Wirtschaft und andere Verwaltungsebenen im Rahmen von eGovernment.

Berücksichtigen diese ggf. die Entwicklungen zur Geodateninfrastruktur (GDI) auf Landes- und Bundesebene bzw. beinhalten sie Komponenten im Hinblick auf Services für Bürger, Wirtschaft und andere Verwaltungsebenen im Rahmen von eGovernment?



Bundesrepublik Deutschland

Verwaltungsgrenzen 2007





DEUTSCHER
LANDKREISTAG



Deutscher Landkreistag

Ulrich-von-Hassell-Haus

Lennestraße 11

10785 Berlin

Tel. 0 30/59 00 97-3 09

Fax 0 30/59 00 97-4 00

www.landkreistag.de

info@landkreistag.de

